

DIE AUSGANGSPUNKTE DER GRUNDPRINZIPIEN KOMMUNISTISCHER PRODUKTION UND VERTEILUNG

Inhalt

DIE AUSGANGSPUNKTE DER GRUNDPRINZIPIEN KOMMUNISTISCHER PRODUKTION UND VERTEILUNG	1
a. Die Arbeiterräte als organisatorische Grundlage	2
b. Die marxistische Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse	4
Das ist das Wesentliche	4
Das ist das Wesentliche der kommunistischen Produktion	5
Die Verwechslung von Ziel und Mittel.....	5
II. DIE SOZIALDEMOKRATISCHE „REVIDIERUNG DES MARXISMUS“	6
a. Die gesellschaftliche Arbeit und die organisatorischen Formen, in denen das Kapital diese Arbeit beherrscht, werden miteinander verwechselt.....	6
b. Nationalisieren und Vergesellschaften	8
c. Das Problem in der russischen Revolution.....	9
d. Die Beherrschung der Arbeit und der Arbeiterklasse im Staatskommunismus	11
III. DIE DISTRIBUTION DER PRODUKTIONSMITTEL UND KONSUMGÜTER „IN NATURA“ ALS BOLSCHEWISTISCHES IDEAL.....	13
a. Des Experiment	13
b. Zwei Lehren aus der russischen Revolution.....	15
IV. DIE RECHENEINHEIT IM KOMMUNISMUS.	16
a. Die Regelung der Produktion.....	16
b. Regelung der Verteilung.....	18

Ergänzungsheft zu den „Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“, erschienen im Neuen Arbeiterverlag, Berlin 1931 (aus dem Holländischen).

a. Die Arbeiterräte als organisatorische Grundlage

In unserer Schrift „Die Grundprinzipien kommunistischer Produktion und Verteilung“ wird die Durchführung des Kommunismus von einer ganz anderen Seite gesehen, als dies bis jetzt in der Arbeiterbewegung gebräuchlich war. Zu einem Teil ist der Verlauf der russischen Revolution die Ursache, welche die Notwendigkeit einer näheren Untersuchung der Probleme des kommunistischen Wirtschaftslebens auf die Tagesordnung stellte. Man braucht nur die russische „Fabriksverordnung“ zu lesen, um zu erkennen, daß die Arbeiter auf den Gang des Wirtschaftslebens keinen Einfluß haben, was darauf hinausläuft, daß einzelne Leiter der Produktion die Verfügung über den Produktionsapparat haben und die Arbeiter unter dem russischen Staatskommunismus Lohnarbeiter geblieben sind. Des weiteren muß man schon blind sein, um nicht zu sehen, daß der Profit die Grundlage der russischen Produktion ist, so wie überall in der kapitalistischen Welt;- daß die Produktion nicht eingestellt ist *auf den Bedarf* der Produzenten.

Ein weiterer Grund, der zu näherer Untersuchung zwingt, liegt in der neuen Stellung der Agrarprobleme. In unserer Schrift: „Entwicklungslinien in der Landwirtschaft“, haben wir gezeigt, daß die agrarische Produktion vollkommen vergesellschaftet ist, - daß der Bauernbetrieb zur „industriellen Produktion“ übergegangen ist, aber daß trotzdem die Agrarfrage das große Hindernis bleibt, wodurch eine Durchführung des „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ der gebräuchlichen Auffassung unmöglich wird. Der Bauernbetrieb läßt sich nicht organisch in die „kommunistische Wirtschaft“ aufnehmen. (Lies: Staatsverwaltung). Wir schließen daraus, daß dann die gesamte Auffassung dieses Kommunismus falsch sein muß.

Der dritte, und wohl der wichtigste Grund, wodurch eine Untersuchung der Probleme der kommunistischen Produktion notwendig wurde, lag in der Erscheinung, daß die Arbeiterklasse *in* [150] *der Revolution* andere Organisationsformen gebrauchte, als in dem Zeitabschnitt ruhiger „Verbesserung der Arbeitsbedingungen“. Die organisatorische Struktur der revolutionären Arbeiterbewegung findet ihre Erscheinungsform in den Betriebsorganisationen und Arbeiterräten.

Zwischen der organisatorischen Struktur einer Bewegung und den Ideologien, der Gedankenwelt, wodurch sie getragen wird, ist aber ein enger Verband. Dieser Zusammenhang ist so innig, daß man die Struktur eine Funktion ihrer Ideologien nennen kann. Die organisatorische Struktur der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung läuft dann¹ auch dann parallel zu ~~zu~~² den verschiedenen Anschauungen, die wir über den Bau der kommunistischen Gesellschaft antreffen. Sehen wir denn auch im Klassenkampf Strukturveränderungen auftreten, dann wird damit angezeigt, daß wichtige ideologische Umformungen stattgefunden haben, die nun ihren organisatorischen Ausdruck finden.

In revolutionären Perioden finden wichtige ideologische Umformungen statt, die sich mit ungekannter Schnelligkeit vollziehen. Die Zielstellung der Arbeiter wird eine vollkommen andere, sie wird völlig radikalisiert. Eine der wichtigsten Lehren, die die

¹ In der Vorlage: „denn“

² Gestrichen, d. Hrsg.

revolutionäre Periode von 1917-23 uns gebracht hat, ist wohl diese, daß die umgeformten Ideologien einen anderen organisatorischen Ausdruck haben, als die alte Arbeiterbewegung. In der heftigsten Weise, selbst in blutigem Kampf, wird gegen die alte Arbeiterbewegung aufgetreten, weil diese sich der neugeformten Gedankenwelt der radikalisierten Arbeiter widersetzt. Die Betriebsorganisationen und Arbeiterräte sind die organisatorischen Waffen, womit die Arbeiter die Revolution durchführen.

Welche Bedeutung man dem Rätegedanken im Beginn der revolutionären Periode beimaß, zeigt sich z.B. aus einer Übersicht von D.J. Struik in „De Nieuwe Tijd“ (Jahrg-1919, S. 466) aus Anlaß der damals von der K.P.H. angenommenen Resolution über die Räte.

Es heißt dort:

„Nichts zeigt klarer den Fortschritt, den wir in der Erkenntnis [151] der Gesetze der sozialen Revolution gemacht haben, als unsere Erklärung über das Räte-system. Selbst vor zwei Jahren war diese Erklärung noch schlechthin unmöglich, und vor drei Jahren konnten selbst die klarsten Köpfe der Internationale über die Bedeutung der Räte, so wie wir sie jetzt sehen, nahezu nichts sagen.“

Es wird schwer fallen, in der Literatur vor dem Kriege Äußerungen in diesem Geiste zu finden... Überall bleibt es bis zu der Februarrevolution von 1917 bei einer simplen Vermeldung der notwendigen Veränderung ... der politischen und ökonomischen Formen, in die sich die Revolution hüllen sollte. Nähere Andeutungen hierüber sind, so weit wir wissen, nicht gewagt worden, wenigstens nicht an dieser Seite der Weichsel. Rosa Luxemburg schreibt in ihrer ganzen Broschüre über den Massenstreik nur ein einziges Mal beiläufig über den Rat der Arbeiterdelegierten von 1905. Trotzky behandelt in seinem Buch über die erste russische Revolution wohl ausführlich die Geschichte, die Bedeutung und die Macht dieses ersten Rates, aber er vertieft sich nicht in eine Untersuchung des Räte-systems selbst. Und selbst in den marxistischen Schriften, die während der ersten Hälfte des Weltkrieges erschienen, im „Vorboten“, „Lichtstrahlen“ usw. fehlt jeder Hinweis auf den Petrograder Sowjet von 1905.

Daß kurz nach dem Ausbruch der Februarrevolution von 1917 der Sowjetgedanke begann, ein solch festes Fundament zu bekommen, ist ausschließlich eine Folge der Praxis der Revolution... Wenn jemals das Wort von Mehring, daß die „Intuition der handelnden Massen genialer sein kann, denn das größte Genie“, bewahrheitet ist, dann in diesem Falle.

Das Vornehmste, Positivste, das die revolutionäre Periode von 1917-23 uns gebracht hat, ist, daß wir die Formen gesehen haben, in denen die proletarische Revolution sich vollzieht, während sich zugleich die Ideologien zeigten, die Ausdruck der neuen Formen des Klassenkampfes sind. Die Übernahme des gesellschaftlichen Produktionsapparates wird vollzogen durch die Betriebsorganisationen und deren Zusammenschluß, die Arbeiter- [152] räte. Darum muß eine Untersuchung der Probleme kommunistischer Produktion und Verteilung von dieser Grundlage ausgehen.

„Die Arbeiterräte werden einmal das Wesen
Der ganzen Menschheit auf Erden.
So als in Blumen in einer großen Garbe
Das höchste Sonnenlicht zusammen gelesen.
Sie sind das Höchste des Allgemein-Seins,
Sie sind das Verwerfen des Allein-Seins,
Darin jeder Mann, Frau und zartes Kind
Allein sein einzig Ziel, die Menschheit find't.

Die Arbeiterräte sind darum wie das Licht.
Sie sind der Friede, die Ruhe und das Heil,
Sie sind die Wahrheit, und die Quelle der Wahrheit.

Sie sind die Festigkeit im großen Ganzen
Der Menschheit, die Knotenpunkte der Arbeit,
Sie sind das Glück der Menschheit, - sie sind das
Licht.

(Herman Gorter. Aus dem Gedicht „De Arbeidersraad“.).

b. Die marxistische Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse

Neben der Betriebsorganisation haben wir als zweiten Ausgangspunkt für die Grundprinzipien des kommunistischen Wirtschaftslebens die marxistische Erklärung von der Beherrschung und Ausbeutung der Arbeiterklasse. Es handelt sich dabei nicht in erster Linie um Ausdeutung von „Marx-Zitaten“, sondern viel mehr um den allgemeinen Gedankengang, das Wesentliche seiner Analyse.

Die Beherrschung und Ausbeutung sind in ihren Ursachen außergewöhnlich einfach und für Jedermann sofort zu begreifen: sie sind eingeschlossen in der Tatsache, daß der Arbeiter von den Produktionsmitteln getrennt ist. Der Kapitalist ist Besitzer der Produktionsmittel - der Arbeiter besitzt nur seine Arbeitskraft; [153]

- der Kapitalist besitzt die Bedingungen unter denen der Arbeiter arbeiten muß. Dadurch ist der Arbeiter ökonomisch vollkommen rechtlos (möge die politische Demokratie auch bis zur äußersten Vollendung durchgeführt sein), er ist abhängig vom Kapital. Mit dem Verfügungsrecht über die Produktionsmittel hat die besitzende Klasse zugleich die Verfügung über die Arbeitskraft; das heißt, sie beherrscht³ über die Arbeiterklasse.

DAS VERFÜGUNGSRRECHT ÜBER DIE PRODUKTIONSMITTEL, VON DER HERRSCHENDEN KLASSE AUSGEÜBT, BRINGT DIE ARBEITERKLASSE IN EIN ABHÄNGIGKEITSVERHÄLTNIS VOM KAPITAL.

Das ist das Wesentliche

Die Tatsache, daß die Arbeiterklasse von den Produktionsmitteln getrennt ist, schließt ein, daß sie nicht über das verfertigte Produkt verfügt. Die Arbeiter haben mit

³ Korrigiert: „herrscht über die Arbeiterklasse“ oder „beherrscht die Arbeiterklasse“

den durch sie hergestellten Gütern nichts zu tun, sie gehören nicht ihnen, sondern ihrem „Brotherrn“. Was damit weiter geschieht ist nicht ihre Sache; sie haben nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen und empfangen dafür ihren „Lohn“: sie sind LOHNARBEITER.

Das kann nicht anders sein. Die Verfügung über den Produktionsapparat schließt die Verfügung über das verfertigte Produkt ein. Es sind zwei verschiedene Seiten derselben Sache. Sie sind funktionell abhängig, das Eine ist nicht ohne das Andere; das Eine besteht nur durch das Andere. *Weil* die Arbeiter die Verfügung über den Produktionsapparat nicht haben, *darum* haben sie auch nicht die Verfügung über das verfertigte Produkt; *dadurch* werden sie beherrscht, *dadurch* sind sie Lohnarbeiter.

Die *Lohnarbeit* ist der Ausdruck der Tatsache, daß die Arbeit von den Arbeitsprodukten geschieden ist, der Tatsache, daß die Arbeiter weder über das Produkt, noch über den Produktionsapparat etwas zu sagen haben. Die Lohnarbeit ist das untrügliche Kennzeichen des „Nichtmündig-sein“ der Arbeiterklasse, von ihrer Beherrschung durch diejenigen, die über den gesellschaftlichen Produktionsapparat und das gesellschaftliche Produkt verfügen.

So einfach die Grundlage der Beherrschung der Arbeiterklasse ist, so einfach ist auch die Formulierung von der Aufhebung der Lohnsklaverei. (Wenn die praktische Durchführung denn auch nicht so einfach ist.) Die Aufhebung der Lohnsklaverei kann nur geschehen, wenn die Trennung zwischen Arbeit und Arbeitsprodukt aufgehoben wird, wenn das Verfügungsrecht über das Arbeitsprodukt und darum auch über die Produktionsmittel wieder den Arbeitern zukommt.

Das ist das Wesentliche der kommunistischen Produktion

Dies kann natürlich nicht mehr in der Weise geschehen, wie früher der Handwerker die Verfügung über sein Werkzeug und sein Arbeitsprodukt hatte. Die heutige Gesellschaft kennt keine „individuelle“ auf sich allein gestellte Arbeit mehr; sie ist übergegangen zur gesellschaftlichen Produktion, zum vergesellschafteten Arbeitsprozeß, wo jeder nur ein Rädchen im großen Ganzen ist. Darum müssen die Arbeiter die Produktionsmittel jetzt *gemeinschaftlich* besitzen. Gemeinschaftlicher Besitz aber, der nicht zugleich das Verfügungsrecht darüber in sich schließt, verfehlt seinen Zweck. Der Gemeinschaftsbesitz ist kein Zweck an sich, sondern nur *das Mittel*, um das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel für die Arbeiter möglich zu machen ... um die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt aufzuheben, um die Lohnarbeit abschaffen zu können.

Die Verwechslung von Ziel und Mittel.

Hier liegt die schwache Stelle der heutigen Arbeiterbewegung. Man setzt sich zum Ziel, die Produktionsmittel in Gemeinschaftsbesitz zu bringen, und ahnt nicht, daß dies überhaupt kein Ziel sein kann; man vermutet nicht, daß mit dem Übergang zum „Gemeinschaftsbesitz“ das Problem einer neuen Produktionsweise *erst gestellt* ist. Die Arbeiterklasse lebt fälschlich in [155] dem Vertrauen, daß der Kommunismus „von selbst“ kommen muß, wenn der Privatbesitz an Produktionsmitteln aufgehoben ist. Aber die Voraussetzung, daß damit die Lohnarbeit notwendig verschwinden muß, ist falsch.

Die *wirkliche proletarische Zielstellung* kann nur sein, daß die Arbeiter das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel (und damit über das Produkt) erobern, und dadurch in der Tat die Lohnarbeit abschaffen. Erst dadurch wird die Arbeiterklasse „frei“. Die gemeinschaftlich ausgeübte Verfügung über die Produktion durch die *freien Produzenten*, das ist die Grundlage der kommunistischen Gesellschaft.

Die freien Produzenten können aber nicht willkürlich über die Produktionsmittel verfügen, so wie es die freien Produzenten im Kapitalismus (die Fabriksbesitzer oder „Führer“) tun. Ist die Verfügung willkürlich, dann kann von einer gemeinschaftlichen Verfügung keine Rede sein. Die erste Bedingung, um eine gemeinschaftliche Verfügung über den Produktionsapparat möglich zu machen, ist daher, daß die Produktion sich nach allgemein geltenden Regeln vollzieht; Regeln auf denen alle gesellschaftliche Arbeit ruhen muß. Dann erst ist ein gemeinschaftliches Beschließen und Handeln möglich. Die freien Produzenten müssen darum *gleiche Produktionsbedingungen* für alle Produzenten schaffen. Die Produktion steht dann in der ganzen Gesellschaft auf der gleichen Grundlage. Damit werden dann die freien Produzenten zugleich zu *„gleichen Produzenten“*. Die Betriebsorganisationen verkörpern so, in ihren Verbindungen der verschiedensten Art: *„Die Assoziation der freien und gleichen Produzenten“*.

Von diesem Gesichtswinkel aus gesehen, erscheint darum die Forderung der Gleichheit keinesfalls als eine „ethische“ oder „moralische“, sie entspringt vielmehr den notwendigen Produktionsbedingungen des kommunistischen Wirtschaftslebens. Die „Gleichheit“ ist hier kein ethischer Begriff, sondern ein ökonomischer: sie will nichts anderes zum Ausdruck bringen, als daß die Produktion in allen Betriebsorganisationen nach denselben [156] Regeln verläuft, um eine gemeinschaftliche Verfügung über den Produktionsapparat möglich zu machen. Diese Regeln für die ganze Produktion bindend zu machen, *das ist die wesentliche Aufgabe einer proletarischen Revolution*.

So sehen wir, wie die moralische Forderung der Gleichheit, die wir an den Kommunismus stellen, die Forderung der gleichen Bedingungen zur Entfaltung der Individualität, ihren Grundpfeiler findet in der Gleichheit in der Produktion.

II. DIE SOZIALDEMOKRATISCHE „REVIDIERUNG DES MARXISMUS“.

a. Die gesellschaftliche Arbeit und die organisatorischen Formen, in denen das Kapital diese Arbeit beherrscht, werden miteinander verwechselt.

Sowohl die radikale Sozialdemokratie (Bolschewiki) wie auch die reformistische haben beide die marxistische Lehre gerade in dem entscheidenden Punkte der „Assoziation freier und gleicher Produzenten“ revidiert. Die Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses ist in marxistischem Sinne nichts anderes als daß die „Warenproduktion“ im Laufe der Entwicklung zur herrschenden Produktionsweise wird. Stets weitere Kreise von Produzenten arbeiten ausschließlich für den Markt. Jeder produziert, was er selber nicht verbraucht, das hergestellte Produkt ist für Andere; - jeder verrichtet dadurch gesellschaftliche Arbeit, jeder arbeitet für die Gesellschaft. Der Kapitalismus ist selber der große Revolutionär, der die Produzenten im Laufe der

Entwicklung von ihrer alten Produktionsweise losriß und sie im Dienste des Kapitals in einen Arbeitsprozeß hineinwarf, der die alten, überkommenen Arbeitsverhältnisse aufhob, der jede Beziehung zur Person oder Familie zerbrach. Der Kapitalismus brachte alle in einen Zustand, daß Jeder, von allem Besitz entblößt, nichts hat als seine nackte Arbeitskraft, um am vergesellschafteten Arbeitsprozeß teilzunehmen. [157]

Die Sozialdemokratie machte (und macht) von⁴ dem Prozeß der Vergesellschaftlichung der Produktion etwas ganz anderes. Sie sah das stets Weiterfortschreiten der gesellschaftlichen Produktion in dem fortwährenden Wachsen der Trust-, Syndikat- und Kartellbildung. Sie sah die Vergesellschaftung in der Form, worin die gesellschaftliche Produktionsweise sich organisiert. In Wirklichkeit ist das nichts anderes als die Form, worin das privat-kapitalistische (oder kollektiv-kapitalistische) Verfügungsrecht über die Produktionsmittel, – über die gesellschaftliche Arbeit und über das gesellschaftliche Produkt sich organisiert und konzentriert. Die Sozialdemokratie verwechselt die spezifisch-kapitalistischen Organisationsformen *der Beherrschung* der gesellschaftlichen Arbeit mit der gesellschaftlichen Arbeit selbst!

Es ist kein Wunder, daß bei dieser Verwechslung der Begriffe die Auffassung vom Sozialismus auch eine ganz andere Richtung nimmt, als aus der marxistischen Anschauungsweise von der gesellschaftlichen Arbeit folgt. Sowohl für die radikale Sozialdemokratie als auch für die reformistische wird dadurch der *vertikale trust*, – die kapitalistische Bindungsform der Organisation des Produktionsprozesses vom Rohstoff bis zum Fertigstellungsprodukt – zum Idealzustand der kommunistischen Produktionsweise. („Die ganze Volkswirtschaft organisiert nach dem Vorbild der Post [...] das ist unsere erste Aufgabe“⁵. Lenin: Staat und Revolution, S. 50 der holländischen Übersetzung.).

Es liegt auf der Hand, daß damit der Arbeiterklasse der Weg zum Sozialismus in dem Sinne vorgespiegelt wird, daß sie die politische Macht erobert, sich des Staates bemächtigt und damit zugleich den, durch das Kapital selbst geschaffenen zentralen Apparat der Produktion in Händen hat.

(So zeigt der bekannte linke Marxist Parvus „wie leicht der Übergang von der Großindustrie zur Staatsproduktion durchzuführen sei“. (Parvus, Der Staat, die Industrie und der Sozialismus, S. 112). Ebenso auch bei Rudolf Hilferding in „Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik“, S. 6. Er meint: „Das [158] heißt nichts anderes, als daß unserer Generation das Problem gestellt ist, mit Hilfe des Staates, mit Hilfe der bewußten gesellschaftlichen Regelung diese von den Kapitalisten organisierte und geleitete Wirtschaft in eine durch den demokratischen Staat geleitete Wirtschaft umzuwandeln.“).

⁴ aus?

⁵ Lenin Werke, Band 25, Staat und Revolution, Teil 3, III. Kapitel, S. 440, Dietz Verlag Berlin, 1972: „Unser nächstes Ziel ist, die *gesamte* Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren ...“

Dies ist die allgemeine Auffassung über die kommunistische Produktion, die wir bei allen Schattierungen innerhalb der Sozialdemokratie antreffen. Die Unterschiede treten erst dann auf, wenn es um die Mittel geht, um die Taktik, womit man diesen gesellschaftlichen Zustand erreichen will. Die reformistische Sozialdemokratie will es auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechts, unter Ausnützung der bürgerlichen Demokratie. Sie will diesen bürgerlich-kapitalistischen Staat „erobern“, und durch ihn die Organisationen des Kapitals unterwerfen. Der wirkliche Zustand ist, daß der Staat, mit den Sozialdemokraten in der Regierung, durch die Organisation des Kapitals unterworfen wird.

Die radikale Sozialdemokratie (Bolschewiki) bekämpft diese Politik mit aller Entschiedenheit. Sie propagiert die Vernichtung des bürgerlichen Staates in der Revolution und Bildung einer neuen politischen Macht durch die politische Organisation (Partei) der Arbeiterklasse; – den Staat der proletarischen Diktatur. Durch diesen Staat soll auf revolutionärem Wege eine zentrale ökonomische Organisation geschaffen werden (nach dem Vorbilde der kapitalistischen Trusts), in welche die Betriebe und Industrien aufgenommen werden, so weit sie dafür „reif“ sind. M.a.W.: Die Betriebszweige, die durch das Kapital genügend konzentriert sind, um in Staatsverwaltung aufgenommen werden zu können, sollen „nationalisiert“ „werden.

b. Nationalisieren und Vergesellschaften

Obwohl Marx keine Schilderung vom kommunistischen Wirtschaftsleben gegeben hat, kann kein Zweifel daran bestehen, daß nach seiner Ansicht, die Regelung der Produktion „nicht durch den Staat, sondern durch die Verbindung der freien Assoziationen der sozialistischen Gesellschaft“ zu Stande kommen sollte. [159]

(H. Cunow: „Die Marx'sche Geschichte, Gesellschafts- und Staatstheorie“, I, S. 309). Leitung und Verwaltung der Produktion sollten direkt den Produzenten und Konsumenten zufallen und nicht auf dem Umwege über den Staat. Die Gleichstellung von Staat und Gesellschaft ist erst eine Erfindung der späteren Jahre. Zwar steht diese Auffassung in Widerspruch zum „Kommunistischen Manifest“, das noch als eine Prinzipienklärung des Staatskapitalismus zu betrachten ist, aber gerade die Revolution von 1848 und die Kommune von Paris 1871 waren der Erfahrungsboden, auf dem die neue Auffassung wuchs.

Auch Engels wandte sich im „Anti-Dühring“ gegen den Staatssozialismus, wo er sagt: „Weder Umformung in Aktien-Gesellschaften, noch in Staatseigentum hebt die kapitalbildende Eigenschaft der Produktionskräfte auf. Die Auflösung kann nur darin liegen, daß die Gesellschaft öffentlich und *ohne Umwege* sich der Produktionskräfte bemächtigt, die jeder anderen Leitung denn der ihren entwachsen sind.“ (Aus dem Holländischen zurückübersetzt).⁶

⁶ MEW Band 20. Berlin/DDR. 1962. „Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der Wissenschaft“, S. 260: „Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf. ... Und dies kann nur dadurch geschehn, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder andern Leitung außer der ihrigen entwachsenen Produktivkräften.“

In den Jahren 1880 - 90 wurde dieser Standpunkt denn auch noch durch die Sozialdemokratie eingenommen. So sagte z.B. der alte Wilhelm Liebknecht in einer Rede, anlässlich der Versuche, die Eisenbahnen, Kohlenbergwerke und andere große Industrien in Staatsverwaltung zu bringen: „Man will allmählich einen Betrieb nach dem anderen verstaatlichen. D.h. den Staat an die Stelle der Privatarbeitgeber setzen, den kapitalistischen Betrieb fortsetzen, nur mit Veränderung des Ausbeuters ... Er (der Staat) tritt als Arbeitgeber an die Stelle der Privaten und die Arbeiter gewinnen dabei nichts, wohl aber hat der Staat seine Macht und Unterdrückungskraft gestärkt ... Je mehr die bürgerliche Gesellschaft einsieht, daß sie sich auf die Dauer nicht gegen den Ansturm der sozialistischen Ideen verteidigen kann, desto näher sind wir auch dem Moment, wo der Staatssozialismus in vollem Ernst proklamiert werden wird, und der letzte Kampf, den die Sozialdemokratie zu kämpfen hat, wird ausgefochten werden unter dem Schlachtrufe: „Hie Sozialdemokratie-- Hie Staatssozialismus“.“ [160]

Cunow bemerkt hierbei: „Dementsprechend erklärte sich denn auch der Parteitag gegen die Verstaatlichung; denn Sozialdemokratie und Staatssozialismus seien „unversöhnliche Gegensätze“ . (Cunow, S. 340).

Dieser Standpunkt wurde um die Jahrhundertwende aufgegeben, dagegen das Verstaatlichen oder in kommunale Bewirtschaftung Nehmen von Betrieben als ein allmähliches Aufrücken zum Sozialismus vorgestellt. In sozialdemokratischer Terminologie werden solche Betriebe denn auch „Gemeinschaftsbetriebe“ genannt, obwohl die Produzenten mit der Verwaltung und der Leitung nichts zu tun haben.

c. Das Problem in der russischen Revolution

Die russische Revolution hat uns die praktische Durchführung von der Theorie des Staatssozialismus gebracht. Die Bolschewiki haben nie die Propaganda geführt, daß die Arbeiter die Betriebe besetzen sollten, um diese unter Leitung der Arbeiter weiter zu führen. Die Enteignung der Besitzer war für sie nie eine Angelegenheit der Fabrikarbeitschaft, sondern eine Angelegenheit der Staatsgewalt. Die Arbeiterschaft sollte nur den Staatsapparat der Bourgeoisie zerschlagen und die Bolschewiki in die Leitung des neuen Staates bringen. Die allmähliche Durchführung des Kommunismus war dann die Funktion der neuen Leitung, welche die für die zentrale Staatsverwaltung „reifen“ Betriebe „nationalisieren“ sollte.

Damit gerieten die Bolschewiki aber sofort in Widerspruch zu den Arbeitermassen. Am 7. November 1917 nahmen die Bolschewiki die Regierung in die Hand und schon am 14. Nov. wurde ein *Dekret bezüglich der Arbeiterkontrolle* erlassen, worin dem Betriebsrat gewisse allgemeine Rechte der Kontrolle über die Produktion eingeräumt, aber ausdrücklich festgestellt wurde, daß der Betriebsrat sich nicht in die *tägliche* Leitung des Betriebes zu mischen hatte. Auch wurde es verboten, „die Unternehmung in [161] Besitz zu nehmen oder zu leiten“, ausgenommen mit Zustimmung der höheren Autoritäten. Diese höheren Autoritäten schreckten aber vor einer „Nationalisierung“ zurück, weil ihr Verwaltungsapparat die Betriebe noch nicht aufnehmen konnte. Bis 28. Juni 1918, als die Bolschewiki schon 8 Monate die Regierungsgewalt innehatten, hatten sie kaum 100 industrielle Betriebe „nationalisiert“. Und die Mehrzahl davon waren noch „Strafexpropriierungen“ gegen die sabotierenden Unternehmer.

Die Arbeiterschaft hatte aber eine andere Auffassung von der Durchführung des Kommunismus. Weil die Regierung die „Nationalisierung“ nicht durchführte, setzte sich nun eine „eigenmächtige“, eine „wilde“ Enteignung durch. Es vollzog sich nach Piatakow (damals Direktor der Staatsbank) ein „elementarer Prozess der Übernahme der Betriebe durch die Organe der Arbeiterkontrolle“, der in seiner Konsequenz „das Überleiten der Verwaltung der Betriebe in die Hände von Arbeitergruppen statt in die Hände des Arbeiterstaates“ bedeutete. „Es kam ein anderer Eigentümer, gerade so individualistisch als der frühere und der Name des neuen Eigentümers ist Kontroll-Ausschuß“. („Iswestia“, 27. April 1918).

Hatte der Oberste Volkswirtschaftsrat (OVWR) bis 28. Juni 1918 100 Betriebe „nationalisiert“, umfaßt die „wilde“ Enteignung bis dahin über 400 Betriebe, von denen 200 in der kurzen Zeitspanne von 15. Mai bis 28. Juni enteignet wurden. Zwar hatte der erste Rätekongreß im Mai 1918 nochmals betont, daß die „eigenmächtige“ Enteignung verboten sei, aber in welchem Maße dieser Kongreß das Sprechorgan der Arbeiter war, geht genügend aus den genannten 200 Enteignungen hervor. Die schnellwachsende „wilde“ Enteignung war denn auch eine der Gründe für eine plötzliche Änderung der Regierungspolitik, welche am 28. Juni das große Nationalisierungsdekret erließ, um wenigstens etwas Ordnung in die Produktion hineinzubringen. Vorläufig war diese Nationalisierung aber nur eine formelle Angelegenheit, weil die Produktion unter der Leitung der alten Unternehmer fortgeführt werden sollte, welche die Betriebe in „kostenloser Pacht- und Nutznießung“ behielten. [162] Es fängt nun ein Kampf um die Leitung der Betriebe an. Der OVWR kämpft gegen die „syndikalistischen Tendenzen“, indem er die Leitung in seine Hände nimmt, und die Arbeiter versuchen, die Leitung für sich zu behalten. Ein Beispiel für viele: Die Stärke-Fabrik „Jivilov“ wurde durch die Regierung „nationalisiert“, aber der Betriebsrat weigerte sich, die Leitung an den Vertreter des OVWR zu übertragen. Es bildete sich ein „Verband der Arbeitervertreter“, der in⁷ Gegensatz zu den Gewerkschaften „die Autonomie der Betriebsräte“ verteidigte. (Begann in den Eisenbahnwerkstätten).

Wie wichtig eine nähere Untersuchung der „syndikalistischen Tendenzen“ und ihrer Bekämpfung für die Lösung der Probleme der sozialen Revolution auch ist, es ist hier nicht der Ort, dies jetzt vorzunehmen. (Näheres Material in dieser Frage ist u.a. zu finden in Maurice Dobb: „Russian economic development“, London 1928. Obengenannte Daten sind diesem Werk entlehnt). Für uns handelt es sich jetzt nur darum, den Gegensatz zwischen der „nationalisierenden“ Regierungsgewalt und der revolutionären Initiative der Arbeiterschaft zu zeigen, den Gegensatz zwischen „Verstaatlichung“ oder „Nationalisierung“ und „Vergesellschaftung“. Und daß dieser Gegensatz in der Revolution tatsächlich vorhanden ist, geht aus dem Obengesagten genügend hervor.

Die Kommunistische Partei gab also keine Richtlinien, nach denen die Arbeiter selbst ihren Betrieb in das kommunistische Wirtschaftsleben einfügen konnten, sie gab keine Richtschnur, wonach Leitung und Verwaltung tatsächlich an die Gesellschaft übergang. Für sie war die Befreiung der Arbeiter nicht das Werk der Arbeiter selbst, sondern für sie war die Durchführung des Kommunismus eine Funktion der „Männer der

⁷ im?

Wissenschaft“, der „Intellektuellen“, der „Statistiker“ usw. Die Kommunistische Partei glaubte nur nötig zu haben, die alten Industrieführer zu verjagen und die Kommandogewalt über die Arbeit selbst in die Hand zu nehmen, um alles in den sicheren Hafen des Kommunismus zu loben. Die Arbeiterklasse war gerade gut genug, die alten Beherrscher der Arbeit wegzufegen -- und neue dafür [163] an deren Stellen zu setzen. Weiter reichte ihre Funktion nicht, und weiter konnte sie auch nicht reichen, weil die Basis für die Selbst-Organisation nicht durch allgemein geltende Produktionsregeln gegeben war.

Die Bolschewiki, die mit Kraft in die Welt hinausposaunen, daß sie konsequente Nachfolger von Marx seien, täten gut daran, etwas weniger laut zu sein. Sie sind konsequent im Revidieren von Marx, denn die Veränderung der *Vergesellschaftung der Produktion*, wie Marx sie auffaßte, in die „Nationalisierung der reifen Betriebe“, das ist nichts anderes als das Aufgeben der proletarischen Revolution, das Aufgeben des Kommunismus selbst. In marxistischem Sinne gibt es keine reifen oder noch nicht reifen Betriebe, sondern ist die Gesellschaft *als Ganzes* reif für den Kommunismus. Sehr richtig bemerkt F. Oppenheimer in dem Sammelbuch von H. Beck über „Wege und Ziel der Sozialisierung“ auf Seite 16/17:

„Man bildet sich ein, sich der marxischen ‚Vergesellschaftung‘ schrittweise zu nähern, indem man die Verstaatlichung oder Kommunalisierung einzelner Betriebe als Vergesellschaftung bezeichnet. Daher die sonst unverständliche geheimnisvolle Wendung von den ‚reifen‘ Betrieben ... Für Marx kann die sozialistische Gesellschaft nur als *ein Ganzes* reif sein. Einzelne Betriebe oder Betriebszweige können in seinem Sinne gerade so wenig ‚reif‘ sein und ‚vergesellschaftet‘ werden, wie die einzelnen Organe eines Embryos im vierten Schwangerschaftsmonat reif sind und gesondert zu selbständiger Existenz entbunden werden können“.

d. Die Beherrschung der Arbeit und der Arbeiterklasse im Staatskommunismus

Was in der Sozialdemokratie aller Schattierungen als Sozialismus oder Kommunismus gilt, ist nicht die Durchführung neuer ökonomischer Bewegungsgesetze für die Güterbewegung, sondern nichts anderes als die Übertragung der Organisation des Kapitals in das kommunistische Wirtschaftsleben Was bedeutet aber die durch das Kapital geschaffene Organisation der Produktion? [164]

Was bedeutet sie einerseits aus dem Gesichtswinkel der Lohnarbeiter gesehen und andererseits vom Standpunkt der Kapitalisten aus? Es ist die Beherrschung der Lohnarbeit, die organisierte Beherrschung der Lohnarbeiter. Die marxistische Erklärung des Kapitalismus läßt daran gar keinen Zweifel. Bei Marx ist die gesellschaftliche Stellung des Kapitalisten gegenüber dem Lohnarbeiter dadurch charakterisiert, daß er die Verfügung über die Arbeit, d.h. über die Arbeiter in der Produktion hat.

Die Sozialisierungs-Theorien aller Richtungen der Sozialdemokratie drehen sich alle um diesen einen Punkt der Beherrschung der Arbeiterklasse. Daß die Arbeit beherrscht und kommandiert werden muß, ist für sie selbstverständlich und daß dazu (weil es um ein gesellschaftlich unzerbrechbar verbundenes System geht) eine straffe zentrale Organisation nötig ist, spricht ebenso für sich. Die Aufgabe, die man sich stellt, besteht darin, das Kommando über die Arbeiter allumfassend und so zentral wie möglich zu organisieren; dieses Kommando selbst aber unter die Kontrolle des Parlaments (bei den

Reformisten) oder des proletarischen Staates, der durch die politische Partei der Lohnarbeiter gebildet wird (Bolschewiki) zu stellen. M.a.W: Die Beherrschung der Arbeiterklasse soll gemildert werden durch die „Demokratie“.

In diesem Rahmen bewegen sich die Richtungen der sogenannten marxistischen Arbeiterbewegung, von den waschechten Reformisten bis zu den ausgesprochenen Revolutionären, die die heutige ökonomische und politische Organisation der Gesellschaft vernichten wollen, um sie neu zu organisieren. Das Ziel selbst, dem man zustrebt, ist bei allen die organisierte Kommandogewalt über die Lohnarbeit.

Soll nach diesen Sozialisierungs-Projekten das sozialistische Produktionssystem funktionieren, dann muß die Leitung vor allem darauf bedacht sein, die Verfügung über den Produktionsapparat und damit das Kommandorecht über die Arbeiter zu sichern. („Wenn wir ernsthaft von einer planmäßigen Wirtschaft sprechen wollen, wenn die Arbeitskraft in Übereinstimmung mit dem Wirt- [165] schäftsplan im gegebenen Entwicklungsstadium verteilt werden soll, darf die Arbeiterklasse kein Nomadenleben führen. Sie muß ebenso wie die Soldaten verschoben, verteilt, abkommandiert werden“. Trotzky, „Russ. Korr.“ 1920, Heft 10, S. 12). In der Theorie wird dieses Recht im Namen des Wirtschaftsplanes gefordert; in der Praxis richtet es sich auch gegen jede ungewünschte Einmischung von Seiten der Lohnarbeiter. Wenn die Arbeiter selbst über den Gang der Produktion bestimmen wollen, wird dieses Streben als ein Ausfluß bürgerlichen Denkens hingestellt und ... diese Arbeiter werden als Konterrevolutionäre behandelt. Die Entwicklung des russischen Staatskommunismus gibt dafür ein lehrreiches Beispiel. (Wir lenkten schon die Aufmerksamkeit auf das Dekret bezüglich der Arbeiterkontrolle vom 14. Nov, 1917, worin die Einmischung der Arbeiter in die tägliche Leitung des Betriebes verboten wurde. Am 20. April 1918, auf dem dritten Gewerkschaftskongreß, wußte die Regierung die individuelle Leitung des Betriebes und die Verantwortung „nach oben“ teilweise durchzusetzen. Der „Verband der Arbeitervereine“ und eine Gruppe um Gorki stellten die kollektive Verantwortung des Betriebsrates dagegen, aber sie konnten nicht ganz durchkommen. 1920 wurde die individuelle Leitung und damit auch die individuelle Verantwortung allgemein durchgeführt. (Nach den Diskussionen des neunten Parteikongreß)).

Was soll nun mit der durch das Parlament oder der politischen Partei der Lohnarbeiter eingerichteten zentralen Leitung des Wirtschaftslebens erreicht werden? Die Ausbeutung soll aufgehoben werden, darin sind sich alle einig. Die Reformisten glauben, dieses Ziel erreichen zu können unter Beibehaltung der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Warenproduktion. Die Ausbeutung soll aufgehoben werden, indem die Ausbeutung durch den Staat betrieben wird und die erzielten Gewinne auf dem Wege sozialer Einrichtungen und Reformen den Arbeitern wieder zugeführt werden. Die Bolschewiki versuchten, die Bewegungsgesetze des heutigen Produktionssystems aufzuheben und das gesellschaftliche Produkt, sowohl über die Betriebe als an die Konsumenten *in Natura* zu verteilen. Das erwies sich sehr bald als unmöglich, man ging daher zu obengenannter reformi- [166] stischer Methode über. Das Resultat ist in beiden Fällen dasselbe:

StaatsKAPITALISMUS.

III. DIE DISTRIBUTION DER PRODUKTIONSMITTEL UND KONSUMGÜTER „IN NATURA“ ALS BOLSCHEWISTISCHES IDEAL.

a. Des Experiment

Die Bolschewiki hatten als Ziel einen Zustand vor Augen, in dem die Lohnarbeit und Ausbeutung aufgehoben sein sollte. Sie steuerten dabei zielbewußt auf eine Abschaffung des Geldes hin, die durch eine gewaltige Inflation des Tauschmittels zu Stande kommen sollte. Die Staatsdruckereien arbeiteten Tag und Nacht, um stets mehr Papiergeld zu drucken, welches der Staat für Zahlungen gebrauchte, aber wofür er keinen Gegenwert garantierte. „Noten werden fabriziert...Man kann gar nicht genug Noten drucken. Der Bedarf ist noch ungeheurer als die Fabrikationsmöglichkeit.“ (A. Goldschmidt, s. oben S. 138).

Mit dem Zunehmen des Totalbetrages an ausgegebenem „Geld“, sank natürlich der „Tauschwert“, die Kaufkraft des Rubels. Die Warenpreise gingen täglich sprunghaft nach oben, eine Erscheinung, die wir auch aus der deutschen Inflationszeit kennen. Der „Wert“ des Tauschmittels ging so schnell zurück, daß diejenigen, die etwas zu verkaufen hatten, ihre Ware nicht mehr gegen Geld abgeben wollten. Sie wollten ihre Güter wohl abgeben, aber nur direkt gegen andere Güter, ohne die Zwischenform Geld zu gebrauchen: sie wollten nur Güter in „Natura“ tauschen.

Dies war es gerade, was die Bolschewiki wollten. In einer Gedenkschrift des russischen Finanzkommissariats, welche an alle Teilnehmer des 3. Kongresses der III. Int. im Jahre 1921 in Moskau verteilt wurde, wird *diese Politik der Inflation als eine bewußt angewandte Methode zur Einführung des Kommunismus gerühmt*.

„Wenn bei uns in Rußland der Geldwert sinkt, so ist das gewiß sehr schwer für uns zu ertragen [...] Aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung. Wir gehen der völligen Aufhebung des Geldes entgegen. Wir naturalisieren den Arbeitslohn, wir führen kostenlose Straßenbahnbenutzung ein, wir haben freien Schulunterricht, kostenloses, wenn auch einstweilen schlechtes Mittagessen, freie Wohnung, Beleuchtung usw. Wir führen das sehr langsam durch, unter äußerst schwierigen Umständen, wir müssen ununterbrochen kämpfen, aber wir haben einen Ausweg, eine Hoffnung, einen Plan [...]“
(G. Sinowiew, „Zwölf Tage in Deutschland“, S. 74. Zit. bei Pollock „Planwirtschaftliche Versuche“, S. 73).

Diese Art Kommunismus würde dann so aussehen, daß der zentrale ökonomische Rat des Sowjetstaates die Güterproduktion und Distribution in die Hand nimmt, unter Ausschaltung des Geldes und des Handels. Er hätte für alle Einwohner festzustellen, wieviel Brot, Butter, Kleider usw. jeder einzelne bekommen kann, und ihm diese Güter in „Natura“ zuweisen⁸. Dies sollte möglich gemacht werden durch eine gewissenhafte Produktions- und Verbrauchsstatistik.

⁸ Korrektur: zuzuweisen

„Die proletarische Wirtschaft ist prinzipiell Güterwirtschaft, Naturalwirtschaft. Mit dem Ausbau der staatlichen Wirtschaft verschwindet vor allem das Geld aus dem Verkehr der gemeinwirtschaftlichen Betriebe untereinander. Die Kohlengruben beliefern die Bahnen und Eisenwerke mit Kohle ohne Preisverrechnung. Die Eisenhütten liefern das Eisen an die Maschinenfabriken, diese die Maschinen an die staatlichen, landwirtschaftlichen Betriebe ohne Vermittlung des Geldes. Die Arbeiter erhalten einen stets größeren Teil ihres Lohnes in Naturalform: Wohnung, Heizung, Brot, Fleisch usw... Das Geld stirbt auch als Zirkulationsmittel ab.“ (Varga: „Die wirtschaftspolitischen Probleme.“, S. 139). [168]

(Daß dieses nicht nur auf dem Papier stand, möge aus ein paar Daten hervorgehen:

- Januar 1919: Einführung des unentgeltlichen Postverkehrs.
- 20. Febr. 1919: Dekret bezüglich des Güterverkehrs zwischen den Staatsbetrieben, ohne Banküberweisung und ohne Verrechnung.
- 1. Juni 1919: Einführung des kostenlosen Güterverkehrs auf den Eisenbahnen.
- Die „Nationalisierung des Arbeitslohnes“ fand während der ganzen Periode von 1918-1921 statt. Schließlich wurde nur 15% des Arbeitslohnes in Geld gegeben, während 85% in „Natura“ ausbezahlt wurde. Telefon, Gas, Wasserleitung, Elektrizität, Miete, Brennstoffe und Transport wurde „unentgeltlich“ geliefert. Das Kommissariat für Verpflegung hatte 58 Millionen Menschen auf diese Art zu versorgen).

Die Produktions- und Distributionsberechnung würde also nicht geschehen in Geld oder einem anderen allgemeinen Maß, sondern nur in Gütersummen. Man würde rechnen nach Gewicht, Längen oder Raummaßen oder schließlich nur nach Anzahl Stück Gebrauchsgüter. Man würde mit einem Wort „zur Naturalwirtschaft“ übergehen, die durch Otto Neurath in seiner Schrift: *Wirtschaftsplan und Naturalrechnung*, S. 84, folgendermaßen charakterisiert wird:

„Die Lehre von der sozialistischen Wirtschaft kennt nur einen einzigen Wirtschaftler – die Gesellschaft – welcher ohne Gewinn- oder Verlustrechnung, ohne Zirkulation eines Geldes – sei es nun Metallgeld oder Arbeitsgeld – auf Grund eines Wirtschaftsplanes, ohne Zugrundelegung einer Recheneinheit die Produktion organisiert und die Lebenslagen nach sozialistischen Grundsätzen verteilt.“

Von 1918 bis 1921 haben die Bolschewiki versucht, dies Prinzip zu verwirklichen, und die genannte Gedenkschrift ist noch als ein letzter Ausläufer dieser Versuche anzusehen: Im Jahre 1921 erfolgte die Stabilisierung des Rubels: man kehrte zum „wertbeständigen Geld“ zurück. [169]

Der Sowjetstaat mußte seine Pläne, das Geld aus der Produktion und Distribution auszuschalten und dafür die Berechnung in „Natura“ durch die Staatswirtschaft zu setzen, aufgeben. Es war aber keinesfalls das Ausbleiben der Weltrevolution, auch nicht der für Staatsbewirtschaftung ungeeignete individuelle Bauernbetrieb, die zu diesem Fiasko führten. Es zeigte sich nur, daß Produktion und Distribution auf dieser „kommunistischen Grundlage“ unmöglich war. *Die russische Revolution hat praktisch bewiesen, daß eine Produktion ohne Recheneinheit Unsinn ist!*

Bei den Versuchen, das russische Wirtschaftsleben in neue Bahnen zu lenken, ging man sehr richtig von einem im Voraus festgesetzten Plan aus. Die einzelnen Betriebe machten ihre Produktionspläne und Kostenanschläge, die dann von der zentralen Trustleitung zu einem allgemeinen Trustplan verarbeitet wurden. Die Zusammenstellung aller Trustpläne gab dem Obersten Volksw. Rat eine Übersicht über den gesamten, im Staat zusammengefaßten Produktionsapparat, woraus ein allgemeiner Produktionsplan für die ganze Staatsindustrie zusammengestellt werden konnte.

Alle diese Pläne fußten auf der Berechnung *in Rubel*. Und warum nicht auf der Berechnung in „Natura“?

Weil es wirtschaftlich keinen Sinn hat, Gewicht, Körpermaße oder Stückzahl der verschiedenen Arbeitsprodukte zusammenzuzählen. Der Wert des Rubels ging aber schnell zurück und die Preise der Produkte dadurch ebensoschnell nach oben. Die Pläne und Kostenanschläge standen dadurch nur auf Papier, - sie hatten keinen Wert für den wirklichen Produktionsgang. Varga, der die Verdienste der „Inflationmethode“ anerkennt, findet hierin denn auch ihre größte Schattenseite. Er sagt:

„Die rasche und fortgesetzte Entwertung des Geldes ist insofern von Nachteil, als sie die Stabilisierung der Löhne verhindert, Lohnbewegungen und Mißhelligkeiten zwischen den Arbeitern des Staates und dem proletarischen Staat selbst verursacht, zu fortwährenden Lohnerhöhungen zwingt, die Kalkulation sehr [170] erschwert und die Aufstellung eines regelrechten Staatshaushaltsplanes, besonders aber die Einhaltung desselben unmöglich macht“. (Varga. idem. S. 138)

Hierin liegt denn auch eine der praktischen Gründe warum der Sowjetstaat von der Vernichtung des „wertbeständigen Geldes“ ablassen mußte. Bereits 1919 konstatiert man, daß „die Berechnung des Wertes des Produkts täglich notwendiger wird“, so daß der 2. ökonomische Kongreß (1919) bereits beschloß, „die Berechnungen der wichtigsten Staatsausgaben nach dem Werte der Produkte vorzunehmen“. (Goldschmidt, S. 133). Natürlich ist dies nur möglich, wenn die ganze Produktion auf der Grundlage des Wertes steht. Die allgemeine Stabilisierung des Geldes mußte also notwendig folgen.

b. Zwei Lehren aus der russischen Revolution

Das große bolschewistische Experiment der „Naturalwirtschaft“ enthält zwei wichtige Lehren (eine ökonomische und eine politische), welche die Arbeiterschaft zu proletarischer Erkenntnis führen muß. Die ökonomische Lehre ist, daß eine rationelle Wirtschaft ohne ein allgemeines Maß für die Berechnungen im Wirtschaftsleben unmöglich ist. Für das Aufstellen eines Produktionsplanes ist es notwendig zu wissen, wieviel Arbeit in verschiedenen Formen zur Verfügung steht und wie diese Arbeit über die verschiedenen Produktionszweige verteilt werden soll. Da es bis jetzt aber unmöglich ist, Tonnen Steinkohle, Hektoliter Getreide usw. zusammenzuzählen, so muß man bei allen Produkten ihre bestimmte Gebrauchsform, den „Gebrauchswert“ außer Acht lassen und nur die Eigenschaft ins Auge fassen, die sie alle ohne Ausnahme besitzen. Und das ist, daß sie alle bestimmte Mengen menschlicher Arbeit verkörpern. Das Aufstellen eines Produktionsplanes macht es darum notwendig, daß an jedem Produkt festgestellt wird, wieviel Arbeit seine Herstellung kostet. Der Kommunismus kann diese Arbeit direkt messen, ohne den Umweg des Geldes.

„Die Gesellschaft kann einfach berechnen, wieviel Arbeitsstunden in einer Dampfmaschine, einem Hektoliter Weizen der letzten Ernte usw. stecken. Es kann ihr also nicht einfallen, die in [171] den Produkten niedergelegten Arbeitsquanten, die sie alsdann absolut und direkt kennt, noch fernerhin in einem nur relativen, schwankenden, unzulänglichen, früher als Notbehelf unvermeidlichen Maß, in einem dritten Produkt auszudrücken, und nicht in ihrem natürlichen, angemessenen, absoluten Maß der Zeit...“ (Engels, „Anti-Dühring“, MEW 20, 8. 288).

Die politische Lehre ist, daß die Versuche, die Regierungsgewalt über die Produktionsmittel einer zentralen Regierungsstelle zu übergeben, die Initiative der Arbeiter immer mehr ausschalten muß. Die Produzenten können keine Bestimmung über das Produkt haben: die Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt ist das wesentliche Merkmal der Produktion, gerade wie im Kapitalismus. Die Versuche zur „naturalen“ Verteilung des Produkts, zu der „Nationalisierung des Arbeitslohnes“, bringen die Verfügung über das „Volkseinkommen“ immer fester in die Hand der zentralen Regierungsstelle. Das Wachsen des „Naturallohnes“ (in bolschewistischer Fassung!) ist damit nichts anderes als das Wachsen der Versklavung der Arbeiterklasse. *In der Konzentration der Verfügungsgewalt über den Produktionsapparat, die gesellschaftliche Arbeit und das gesellschaftliche Gesamtprodukt sehen wir die Form, worin die Diktatur des Proletariats in die Diktatur über das Proletariat übergeht.*

IV. DIE RECHENEINHEIT IM KOMMUNISMUS.

a. Die Regelung der Produktion

Bei der „marxistischen Erklärung der Beherrschung der Arbeiterklasse“ haben wir gesehen, daß das eigentliche Problem des Kommunismus in dem Aufheben der Trennung von Arbeit und Arbeitsprodukt liegt. Nicht der eine oder andere Ob. Volksw. Rat, sondern die Produzenten müssen durch ihre Betriebsorganisationen *selber* die Verfügung über das Arbeitsprodukt haben. Nur dadurch werden sie zu freien Produzenten und können sich dann in gegenseitigen Zusammenhang zu den Assoziationen von freien und gleichen Produzenten gruppieren. Weil die heutige [172] Technik die ganze Produktion vergesellschaftet hat, alle Betriebe technisch vollkommen von einander abhängig *sind* und zusammen einen ununterbrochenen Arbeitsprozeß bilden, so ist es die Aufgabe der Revolution, sie auch ökonomisch aneinander zu schmieden. Das ist aber nur möglich, wenn *ein allgemeines ökonomisches Gesetz* den ganzen Wirtschaftsprozeß vereinigt.

Dieser Zusammenschluß ist von ganz anderer Art als wie ihn die s.g. „Sozialisierungs-Theorien“ darstellen. Diese haben nie etwas anderes im Auge gehabt, als den *organisatorischen* Zusammenschluß der verschiedenen Produktionszweige. Sie beschäftigen sich mit der Frage, *welche* Industrien vereinigt werden müssen und wie das Problem organisatorisch-technisch gelöst wird. Mit den Bewegungsgesetzen eines neuen Wirtschaftssystems hat das nichts zu tun. Derartige Fragen können noch gar nicht zur Debatte stehen, weil wir erst im Klaren sein müssen über die gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Betriebsorganisationen, d.h. über das Rechtsverhältnis der Betriebsorganisationen zum Gesamtwirtschaftskörper.

Das neue allgemeine ökonomische Gesetz, das den ganzen Wirtschaftsprozeß vereint, sagt daher noch nichts über den organisatorischen Zusammenschluß der Wirtschaft. Es setzt nur die Bedingungen fest, unter denen die in den Betriebsorganisationen vereinigten Produzenten am großen allgemeinen Wirtschaftsprozeß teilnehmen. Diese Bedingungen müssen in erster Linie für jeden Teil des Totalprozesses dieselben sein. Im Gegensatz zu Lenin, der von dem Grundsatz ausgeht: „Die ganze Volkswirtschaft organisiert nach dem Vorbild der Post... das ist unsere erste Forderung“, sagen wir: „Gleiche ökonomische Bedingungen für alle Teile der gesellschaftlichen Produktion, das ist unsere erste Forderung“. Dann erst kann zu der Frage der Organisationstechnik Stellung genommen werden.

„Gleiche ökonomische Bedingungen“ hat in erster Linie Bezug auf die Durchführung eines allgemein geltenden festen Maßes, wonach alle Berechnungen in Produktion und Verteilung vorgenommen werden. Dieses Maß kann nicht mehr das Geld sein, [173] weil sich keine „zweite Person“ mehr zwischen den Arbeiter und sein Produkt einschleibt. Der Arbeiter steht hier nicht als „fremder“ gegenüber dem gesellschaftlichen Arbeitsprodukt. Wohl konsumiert der Arbeiter nicht direkt das durch ihn selbst hergestellte Produkt; aber sein Produkt trägt etwas in sich, das alle gesellschaftlichen Güter gemeinsam haben: die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die ihre Herstellung kostete. Alle Güter sind also *gesellschaftlich* gesehen qualitativ vollkommen gleich. Sie unterscheiden sich nur in der Menge gesellschaftlicher Arbeit, welche sie im Produktionsprozeß aufgenommen haben. So wie der Maßstab für die individuelle Arbeitszeit die Arbeitsstunde ist, so muß der Maßstab für die Menge gesellschaftlicher Arbeit, die in den Produkten enthalten ist, *die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitsstunde sein*.

So zeigt sich als zwingende Forderung der proletarischen Revolution, daß alle Betriebsorganisationen verpflichtet sind, für die durch sie hergestellten Produkte zu berechnen, wieviel gesellschaftlich durchschnittliche Arbeitszeit sie in der Produktion aufgenommen haben, und zugleich ihr Produkt entsprechend diesem „Preis“ an die anderen Betriebe oder an die Konsumenten abzugeben. Ferner bekommen die Betriebsorganisationen dafür das Recht, zu einem gleichen Betrag an gesellschaftlicher Arbeit in der Form anderer Produkte zu beziehen, um den Produktionsprozeß in der gleichen Weise fortsetzen zu können. So nehmen alle unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Produktionsprozeß teil. Ist diese Regelung der Distribution und Produktion durchgeführt, dann ist das ganze Wirtschaftsleben, welches durch Teilarbeit bereits gesellschaftlich *verbunden* ist, nun auch ökonomisch, d.h. gesellschaftlich *geregelt*.

Der Kapitalismus versucht diese Regelung auf organisatorischem Wege, durch verstärkte Konzentration seiner Macht in der Industrie durchzuführen. Was ihm gelingt, das ist nur die Organisation des Konkurrenzkampfes auf stets höherer Stufe, mit stets gewaltigeren Katastrophen im Gefolge. Man versucht auf politischem Wege, nach den Regeln der „Demokratie“, eine Milderung der Gegensätze zu erreichen, aber diese dient schließlich nur dazu, den letzten und tiefsten Gegensatz, den zwischen be- [174] sitzender Klasse und Proletariat zu organisieren und seinen weiteren Bestand zu sichern. Dieser gesellschaftliche Zustand kann nur überwunden werden, wenn die Arbeiter sich „frei“ machen; wenn sie das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel

erobert und unter gleichen ökonomischen Bedingungen am Wirtschaftsprozess teilnehmen.

b. Regelung der Verteilung

Die Revolution besteht aber nicht nur in einer Umwälzung der ökonomischen Bedingungen der Produktion, sie bringt auch für die individuelle Konsumtion neue ökonomische Bedingungen. Haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Arbeitsprodukt in Händen, *dann muß ihr Verhältnis zu diesem Produkt auf neuer Grundlage festgelegt und geregelt werden*; d.h. auch hier werden die neuen Produktionsverhältnisse zu neuen Rechtsverhältnissen. Denn, wohl haben die Arbeiter das Verfügungsrecht über das Produkt, aber doch nicht mehr in dem Sinne des Privatkapitalismus mit *willkürlich-freier Verfügung*. Die Verfügung über das Produkt kann sich nur unter gesellschaftlichen und für alle gleichen Bedingungen vollziehen. Die Produzenten und Konsumenten sind wohl frei, aber doch nur durch ihre gesellschaftliche Gebundenheit. Jeder Betrieb ist nicht mehr als eine Zelle im großen Gesamtwirtschaftskörper. Aber auch nicht weniger! Jede Zelle hat ihre eigene Aufgabe (ihre eigene „Differenzierung“), welche sich nur in *Selbstbewegung* vollziehen kann. Und zugleich ist diese Selbstbewegung nur möglich *in* und gerade *durch* den begrenzenden Rahmen der allgemeinen Bewegungsgesetze des Gesamtkörpers. In dem begrenzenden Rahmen entfaltet sich die freie Selbstaktivität und daher werden die Arbeiter *durch* diese Begrenzung zu *freien* Produzenten.

Die gleichen Bedingungen für die individuelle Konsumtion können wiederum nur liegen in dem gleichen Maßstab für die Konsumtion. So wie die individuelle Arbeitsstunde der Maßstab ist für die individuelle Arbeit, so ist die individuelle Arbeitsstunde [175] zugleich der Maßstab für die individuelle Konsumtion. Hiermit ist auch die Konsumtion *gesellschaftlich geregelt* und bewegt sich in vollkommen exakten Bahnen.

Die Durchführung der sozialen Revolution ist also im Wesen nichts anderes als die Durchführung der Arbeitsstunde als Maßstab im gesamten Wirtschaftsleben. Sie dient als Maß in der Produktion und zugleich wird mit ihr das Recht der Produzenten auf gesellschaftliches Produkt gemessen. Das *Wesentliche hierbei aber ist, daß diese Kategorie von den Produzenten und Konsumenten selbst durchgeführt wird*. Und dies geschieht nicht, weil es eine „ethische“ oder „moralische“ Forderung des Kommunismus ist, sondern weil es ökonomisch nicht anders möglich ist. Tatsächlich ist die Beseitigung der Bevormundung der Arbeit, die Entfaltung und das Aufblühen des freien Menschen, auch eine ethische Forderung. Aber damit wird nur erneut bewiesen, daß Wirtschaft und Ethik sich nur gegenseitig verwirklichen können; - sie werden beide zur Einheit verschmolzen.

[176]

<https://dasgrossethier.files.wordpress.com/2021/01/gik-grundprinzipien-1970-a.pdf>

<http://www.mxks.de/files/kommunism/gik.html#Ix20>.

Ergänzt durch <http://aaap.be/Pages/Transition-de-Foundations-1931.html#II>.

